

NIEDERSCHRIFT Nr. 2/2020

über die Gemeinderatssitzung am 01. Juli 2020 im Gemeindesaal des „Alten Gerichtes“ Thaur.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:10 Uhr

Anwesend: Bürgermeister Christoph Walser;
Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank, Romed Giner, Judith Huetz,
Barbara Thien-Mattulat, DI Dominik Ebner, Christian Hofmann, Klaus Nagl, Ing. DI
(FH) Christoph Niederhauser, Josef Wopfner, Prof. Mag. Josef Bertsch, Markus
Isser, Johann Graßmair, Karin Sommeregger, Ing. Mag. Johannes Giner;

Zuhörer: 14

Schriftführer: Wolfgang Winkler

Tagesordnung (öffentlicher Teil):

- 1) Antrag des Gemeindevorstandes:
Grundtausch mit Josef Stary
- 2) Anträge des Ausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten, Raumordnung, Land- und Forstwirtschaft:
 - a) Beschluss des Antrages zur Änderung des Regionalprogrammes betreffend landwirtschaftlicher Vorsorgeflächen für die Gp. 543 (Johannes Müßigang) für den sozialen Wohnbau
 - b) Grundsatzbeschluss zur Ausweisung eines Siedlungsgebietes für den sozialen Wohnbau in der oberen Langgasse, Einleitung eines Grundumlegungsverfahrens
 - c) Beschluss der einheitlichen Bauplatzwidmung der Gp. 2806/1 von Wohngebiet in gemischtes Wohngebiet (32 m²) Stefan Waldner
 - d) Asphaltierung der restlichen Flächen des Almweges bis zum Almparkplatz Adolf-Pichler-Weg
- 3) Anträge des Ausschusses für Infrastruktur und Gemeindeimmobilien:
 - a) Beschluss der Brandschutzmaßnahmen in der Volksschule
 - b) Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Hochbehälters im Bereich Schlosshof
- 4) Antrag des Ausschusses für Sport, Kultur, Soziales, Gesundheit und Umweltangelegenheiten:
Anpassung der Richtlinien für die Förderung von Energiesparmaßnahmen (Wärmepumpe)
- 5) Bericht über die Kassaprüfung des örtlichen Überprüfungsausschusses vom 22.06.2020
- 6) Berichte des Bürgermeisters
- 7) Personalangelegenheiten
- 8) Anträge, Anfragen und Allfälliges

Bürgermeister Christoph Walser begrüßt alle Anwesenden zur zweiten Gemeinderatssitzung im Jahr 2020 und stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest. Daraufhin stellt er den Antrag, den Tagesordnungspunkt 7) Personalangelegenheiten im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 1)

Bürgermeister Christoph Walser trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

Herr Josef Stary (Solegasse 17a) ist Eigentümer der Waldparzelle 3516/1 im Ausmaß von 15.339 m². Die Waldparzelle liegt oberhalb des Rückhaltebeckens „Bangertl“. Durch den Erwerb dieser Fläche könnte das Rückhaltebecken bzw. der Weg jederzeit angepasst werden. Die Gemeinde würde für diese Waldparzelle die landwirtschaftliche Gp. 1450 im Ausmaß von 1.140 m² eintauschen (ehemals Grundstück der Pfarre Thaur, welches Herr Stary derzeit bewirtschaftet). Weiters räumt die Gemeinde Herrn Stary für die Dauer von 15 Jahren ein unentgeltliches Holzbezugsrecht dieser Waldparzelle ein.

Bürgermeister Christoph Walser gibt an, dass bereits seit Jahren nach einer Lösung gesucht wurde. Mit dieser ausverhandelten Option würde man sich den Grund sichern, zumal das Grundstück unterhalb der Waldparzelle des Herrn Stary Eigentum der Gemeinde ist. Bürgermeister Christoph Walser möchte einen möglichen Rechtsstreit bezüglich des ersessenen Wegrechtes vermeiden. GR Prof. Mag. Josef Bertsch merkt an, dass bekannt sei, dass es eine mündliche Vereinbarung mit dem Vater von Herrn Stary gibt, welche eine Wegverbreiterung und die Kabelverlegung beinhaltet hat. Mittlerweile ist Herr Josef Stary jun. im Besitz der Waldfläche und will von einer mündlichen Vereinbarung nichts wissen. Zudem ist GR Prof. Mag. Josef Bertsch der Auffassung, das Tauschverhältnis sowie das 15 jährige Holzbezugsrecht stehe in keiner Relation zueinander und sei völlig inakzeptabel. GR Ing. Mag. Johannes Giner gibt an, dass der Grundtausch keinesfalls zugunsten der Gemeinde ausverhandelt wurde. Seiner Meinung nach sollte dieses Vorhaben breiter diskutiert werden und nicht nur innerhalb des Gemeindevorstandes. GR Johann Graßmair schließt sich bezüglich des Tauschverhältnisses dieser Meinung an. GR Christian Hofmann spricht sich klar gegen eine Enteignung aus. Zudem gibt er zu bedenken, dass ein angestrebtes Gerichtsverfahren zu Ungunsten der Gemeinde ausgehen könnte. Stattdessen solle man sich hier auf Augenhöhe begegnen. Dieser Meinung ist auch GR Klaus Nagl. GR DI (FH) Christoph Niederhauser verweist darauf, dass der Weg zum Schlosskirchl im gegenständlichen Streckenbereich nach dem Tiroler Straßengesetz einen öffentlichen Privatweg darstellt, welcher unabhängig vom Willen des über die Straße/Weg Verfügungsberechtigten seit mindestens 30 Jahren der Deckung eines dringenden öffentlichen Verkehrsbedürfnisses dient. Zur Feststellung über das Vorliegen einer öffentlichen Privatstraße/weg hätte die Gemeinde entsprechend § 34 Tiroler Straßengesetz die Möglichkeit einen Antrag an die zuständige Straßenbehörde zu stellen. Nach Auskunft der Abteilung Verkehr und Straßenrecht des Landes, wäre aufgrund der mittlerweile eingetretenen über 30 jährigen Deckung eines dringenden Verkehrsbedürfnisses sowie des vorherrschenden öffentlichen Interesses die Sachlage eindeutig zu Gunsten der Gemeinde Thaur. GR Markus Isser versteht, dass die Situation geklärt werden sollte, mit dem 15 jährigen Holzbezugsrecht ist er jedoch nicht einverstanden. GR Prof. Mag. Josef Bertsch sieht keinen Grund, ein Gerichtsverfahren anzustreben, da es wie bereits erwähnt diese mündliche Vereinbarung gibt, auf die man sich berufen kann. Abgesehen davon sei der Grundeigentümer durch die minimale Wegverbreiterung nicht beeinträchtigt. Zudem ist er der Ansicht, dass die Gemeinde einen sehr guten Umgang mit den Bürgern pflege und großzügig sei. Es wurde mit Herrn Stary mehrfach versucht, eine gütliche Einigung zu erzielen. Einen Grundtausch mit einer anderen Waldfläche hat er abgelehnt. Der Tausch mit einem Kulturgrund und zusätzlich noch das Holzbezugsrecht sind seiner Meinung nach nicht im Interesse der Gemeinde. GR Romed Giner informiert, dass alle Grundtäusche seit 2018 von GR DI. Dominik Ebner analysiert wurden. Bei dieser Aufstellung geht hervor, dass dieses Tauschverhältnis in Ordnung geht.

Abstimmungsergebnis: 9 Zustimmungen

4 Gegenstimmen – GR Prof. Mag. Josef Bertsch, GR Markus Isser (Die Grünen Thaur), GR Ing. Mag. Johannes Giner (BiT), GR Karin Sommeregger (SPÖ)

2 Stimmenthaltungen – GR DI (FH) Christoph Niederhauser (Bürgermeisterliste Konrad Giner), GR Johann Graßmair (DUz)

zu 2)

Der Obmann des Ausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten, Raumordnung, Land- und Forstwirtschaft, GR Romed Giner, trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

a)

Zu den Zielen der Gemeinde zählt u.a. die Schaffung von leistbarem Wohnraum für die Bevölkerung in Form von Miet-, oder Eigentumswohnungen und auch Reihenhäusern. Dazu ist es erforderlich, leistbare Grundflächen mittels Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung gemäß § 33 TROG 2016 zwischen dem Grundeigentümer und der Gemeinde zu lukrieren. Herr Johannes Müßigang ist außerbüchlicher Eigentümer der Grundparzelle 543 KG Thaur I, östlich des Bauhofes in der Moosgasse. Diese Grundparzelle hat eine Fläche von ca. 3.500 m² und ist als Freiland – landwirtschaftliche Vorsorgefläche (Grünzone) – ausgewiesen. Herr Johannes Müßigang möchte den südlichen Teil der Grundparzelle zur Befriedigung des privaten Wohnbedarfes bebauen und stellt die nördliche Hälfte der Grundparzelle der Fa. NEUE HEIMAT TIROL, Gemeinnützige WohnungsGmbH für den geförderten Wohnbau zu einem vereinbarten Preis gemäß einer privatrechtlichen Vereinbarung zur Verfügung. Damit stellt der vorliegende Antrag zur Änderung des Regionalprogrammes betreffend, die landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen für den Planungsverband Hall und Umgebung, gemäß § 10 Abs. 2 TROG 2016, im öffentlichen Interesse. Dies gilt auch für die erforderliche Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes und Widmung als Vorbehaltsfläche für den geförderten Wohnbau gemäß § 52a TROG 2016 bzw. die Widmung seiner südlichen Hälfte als Wohngebiet gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2016

Bürgermeister Christoph Walser merkt an, dass man hier das erste Mal die Vertragsraumordnung in der Gemeinde anwenden würde. Heute gilt es zu beschließen, dass die Grünzone aufgehoben wird, da es hier die Zustimmung vom Land Tirol braucht und im September die nächste Landesbeiratssitzung stattfindet. GR Prof. Mag. Josef Bertsch spricht sich für den sozialen Wohnbau aus. Er sieht die ursprünglich geplante Erschließung sinnvoller als die östliche Erschließung. GR Ing. Mag. Johannes Giner ist derselben Meinung. Bürgermeister Christoph Walser informiert, dass ein Schreiben der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck die östliche Erschließung problematisch sieht (Biotop). GR Romed Giner bedankt sich bei den Grundeigentümern, dass hier die Vertragsraumordnung angewendet und somit weiterer Wohnraum geschaffen werden kann. Er ist auch der Meinung, dass im Raumordnungsausschuss der Gemeinde sehr gut und gewissenhaft gearbeitet wurde und bedankt sich an dieser Stelle bei allen Mitgliedern. GR Karin Sommeregger ist sehr erfreut über die Schaffung von gefördertem Wohnraum. Zugleich erkundigt sie sich, ob das Gutachten vom Bundesheer bereits eingetroffen ist. Bauamtsleiter Josef Gostner erklärt, dass es ein Vorabgutachten gibt, in dem eine vorsichtige Zustimmung gegeben wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

b)

Im nördlichen Bereich der Langgasse, an der Siedlungsgrenze und nördlich des Almweges soll ein neuer Siedlungsbereich ausgewiesen werden. Hier sollen in Verbindung mit privatrechtlichen Vereinbarungen Bauplätze für den privaten Eigenbedarf der betreffenden Grundeigentümer und günstige Baugrundstücke für die Gemeinde geschaffen werden. Der Planungsbereich umfasst ein Flächenausmaß von ca. 1,2 ha. Alle Grundstücke sind derzeit unbebaut und überwiegend mit Wald bestockt. Mit sämtlich betroffenen Grundeigentümern wurden bereits positive Gespräche geführt. Im Rahmen der Vereinbarung tritt der Grundeigentümer 50% seiner Waldfläche zu € 25,00 pro m² an die Gemeinde ab. Diese Fläche wird dem geförderten Wohnbau zur Verfügung gestellt und als Solche gewidmet. Im Gegenzug erhält der Eigentümer eine als Wohngebiet gewidmete Baufläche im jeweiligen Ausmaß. Voraussetzung für die Siedlungserweiterung ist die Durchführung einer Baulandumlegung mit der Aufbringung der erforderlichen Verkehrsflächen für die innere Erschließung. Des Weiteren ist das örtliche Raumordnungskonzept abzuändern, ein Bebauungsplan verpflichtend und eine Wohngebietswidmung erforderlich.

Bürgermeister Christoph Walser merkt an, dass bei diesem Projekt ca. 0,62 ha günstiges Bauland für Thaurer Bürger geschaffen werden kann. Es wäre wieder ein nächster Schritt, um leistbaren Wohnraum für die Thaurer Bevölkerung zu schaffen. Der Raumplaner unserer Gemeinde, DI Bernd Egg, hat bereits einen ersten Entwurf vorgelegt. GR Ing. Mag. Johannes Giner findet, dass man dies im Vorfeld im Gemeinderat noch diskutieren hätte sollen und nicht wie jetzt in der Gemeinderatssitzung erstmals den Entwurf präsentiert zu bekommen. GR Romed Giner widerspricht dem, da im Raumordnungsausschuss bereits ausgiebig und in mehreren Sitzungen diskutiert wurde. Einzig der Entwurf von DI Egg wurde noch nicht behandelt. Er ist der Meinung, dass man hier das Duningbichl-Projekt kopieren sollte. Dort konnten die Grundeigentümer vielfach mit eigenen Händen ihr Eigentum schaffen. Die Verkehrsproblematik ist ihm bewusst. Darüber hinaus möchte er die Arbeit des Raumordnungsausschusses aufzeigen, in dem drei wichtige Säulen (Vertragsraumordnung, Siedlungsleitbild und Vergabe-Punktesystem) erarbeitet wurden. Es liegt nun die soziale Verantwortung bei der Gemeinde, leistbaren Wohnraum zu schaffen. Dies kann nur Step-by-Step passieren. GR Markus Isser ist sich dessen sehr wohl bewusst, dass dieses Projekt eine sehr gute Gelegenheit ist, um günstigen Baugrund zu erhalten. Einzig die zu erwartende Verkehrsbelastung über die Langgasse sieht er problematisch, da diese durch die geringe Straßenbreite teilweise nur einspurig befahrbar ist. Bürgermeister Christoph Walser sieht das Problem, jedoch vergleichsweise mit den Zu- und Abfahrtsstraßen Auweg und Lorettoweg wäre in der Langgasse deutlich weniger Verkehr. Wenn man vorher eine Umfahrung umsetzen möchte, muss dieses Projekt über Jahrzehnte nach hinten verschoben werden. Dass der Entwurf eines Planes von DI Egg von ihm angeordnet wurde, begründet er damit, dass, nachdem so ausgiebig diskutiert wurde, einmal eine Entscheidung getroffen werden muss, um wieder einen Schritt weiter zu kommen. GR Prof. Mag. Josef Bertsch ist der Meinung, dass man bei diesem Projekt zu schnell vorgehe. Er spricht die aktuell laufende Sanierung im Fuchsloch an, wo man strukturiert vorgegangen ist, indem in den zuständigen Ausschüssen alles sehr gut ausgearbeitet wurde. Im Raumordnungsausschuss wurde dieses Projekt nur unter dem Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ diskutiert. Seiner Meinung nach muss dies erneut dem Raumordnungsausschuss zugewiesen werden. Dort soll ein ordentliches Konzept erstellt und anschließend dem Gemeinderat präsentiert werden. Den Grundsatzbeschluss sieht er sehr kritisch. GR Karin Sommeregger schließt sich dieser Meinung über den Grundsatzbeschluss an. Daraufhin informiert Bürgermeister Christoph Walser, dass GR DI Dominik Ebner einen Zusatzeintrag einbringt, welcher den Wortlaut „Grundsatzbeschluss“ ausschließt. Bürgermeister Christoph Walser stellt nochmals klar, dass man sich hier im Kreis drehe. Letztlich gilt zu entscheiden möchte man dieses Projekt oder nicht. Wie genau der Plan ausschaut, soll gesondert beschlossen werden, da es sich hier lediglich um einen Entwurf handelt. GR Karin Sommeregger gibt an, dass dieses Projekt zwar im Ausschuss für Infrastruktur

und Gemeindeimmobilien, jedoch nicht im Raumordnungsausschuss behandelt wurde. Sie stellt klar, dass sie sich sehr wohl für den sozialen Wohnbau und auch nicht gegen das Projekt ausspreche, die Vorgehensweise sei allerdings ihrer Meinung nach nicht richtig. Bürgermeister Christoph Walser lenkt ein, dass ihm manche Dinge etwas zu langsam gehen und er dann Entscheidungen treffe, um aus dem ständigen sich im Kreis drehen heraus zu kommen. Er betont noch einmal, dass sich hier eine einmalige Gelegenheit böte günstigen Baugrund zu erhalten. GR Johann Grassmair schließt sich diesem Aspekt an. Bezüglich des Raumordnungskonzeptes ist er der Meinung, dass sich der Raumplaner zu sehr in Details verliere. Er meint, dass man es offensiv angehen solle. Entsprechende Zufahrten sollten geschaffen werden. Erst dann solle man den Raumplaner bezüglich eines Planentwurfes hinzuziehen. Bürgermeister Christoph Walser gibt GR Johann Grassmair recht. Es muss auch eine Verkehrsplanung Richtung Norden geben. GR Romed Giner hat sich in einer früheren Studie die Verkehrssituation angeschaut. Diese besagt, dass die Voraussetzungen für eine erhöhte Verkehrsbelastung für alle Straßen im Dorf gelte. Es gibt eine Baulücke am Kaponsfeld. Abgesehen davon muss generell auf eine lockere Bauweise geachtet werden. Auch ökologische Aspekte müssen berücksichtigt werden. Schlussendlich ist dies das leistbarste Projekt, das sich in absehbarer Zeit bieten würde. GR Markus Isser gibt zu bedenken, dass hinsichtlich der Verkehrsbelastung die Einwohnerzahl im Oberdorf nicht verdoppelt werden kann. Bürgermeister Christoph Walser stimmt dem zu, es werde sicher kein Projekt wie z.B. Kapons-Ost umgesetzt. GR Prof. Mag. Josef Bertsch merkt an, dass es im Ausschuss stets eine recht gute Diskussionsgrundlage gibt. Man kann dort recht vernünftig und sachlich argumentieren. Seiner Meinung nach sollte man diesen Weg so weiterführen. Bürgermeister Christoph Walser bezieht sich auf die offene Baulücke am Kaponsfeld und gibt an, dass ein Projekt dort nicht auszuschließen ist. GR Karin Sommeregger ist der Meinung, dass dies eine zu voreilige Vorgehensweise sei. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank fasst zusammen, dass man sich innerhalb des Gemeinderates nicht weit voneinander weg befinden würde. Das Projekt findet er gut, die Einbringung des Zusatzantrages bezüglich Abänderung auf Antrag auf Beschlussfassung eines Planentwurfes ist für ihn die richtige Vorgehensweise. GR DI (FH) Christoph Niederhauser bemerkt, dass ca. 1/3 der Thaurer Bevölkerung in Kapons lebt und der Verkehr über die Stollenstraße und Moosgasse läuft. Seiner Meinung nach ist der zu erwartende Verkehr in der Langgasse schaffbar. GR DI Dominik Ebner erklärt, dass er die Häuser in der Moosgasse (139 Häuser) und die in der Langgasse (119 Häuser) gezählt hat. Somit ist ersichtlich, dass schlussendlich die Langgasse nicht mehr Verkehrsbelastung aufweisen würde als die Moosgasse.

GR Prof. Mag. Josef Bertsch bringt folgenden Zusatzantrag ein:

Antrag auf Zurückweisung des Tagesordnungspunktes 2 b) in den Raumordnungsausschuss

**Abstimmungsergebnis: 3 Zustimmungen – Prof. Mag. Josef Bertsch, Markus Isser
(Die Grünen Thaur), Ing. Mag. Johannes Giner (BIT)
12 Gegenstimmen**

Somit wird dieser Zusatzantrag abgewiesen.

GR DI Dominik Ebner bringt folgenden Zusatzantrag ein:

Antrag auf Abänderung des Tagesordnungspunktes 2b) der Gemeinderatssitzung vom 01.07.2020 auf folgenden Wortlaut:

Im nördlichen Bereich der Langgasse, an der Siedlungsgrenze und nördlich des Almweges soll ein neuer Siedlungsbereich ausgewiesen werden. Hier sollen in Verbindung mit privatrechtlichen

Vereinbarungen Bauplätze für den privaten Eigenbedarf der betreffenden Grundeigentümer und günstige Baugrundstücke für die Gemeinde geschaffen werden. Der Gemeinderat möge der Planung eines Siedlungserweiterungsprojektes in der Langgasse die Zustimmung erteilen.

Abstimmungsergebnis: 12 Zustimmungen

**2 Gegenstimmen – Prof. Mag. Josef Bertsch, (Die Grünen Thaur),
Ing. Mag. Johannes Giner (BIT)**

1 Stimmenthaltung – Markus Isser (Die Grünen Thaur)

Abschließend merkt GR Johann Graßmair an, dass dieses Projekt der Raumordnungsausschuss entsprechend begleiten soll.

c)

Herr Stefan Waldner St.Ulrichs-Weg 1b hat eine 32 m² große Teilfläche aus der Gp. 2806/3 erworben, mit seiner Grundparzelle 2806/1 vereinigt und ein Carport errichtet. Zur Schaffung einer einheitlichen Bauplatzweidung soll nun dieses 32 m² große Teilstück von derzeit Wohngebiet gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2016 in gemischtes Wohngebiet gemäß § 38 Abs. 2 TROG 2016 umgewidmet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

d)

Der Almweg ist an dem Siedlungsbereich bis zum Parkplatz Adolf-Pichler-Weg bereits in zwei Teilabschnitten asphaltiert. Wegen der starken Staubbelastung und des sehr schlechten Zustandes des Schotterweges sollen nun noch die restlichen Flächen bis zum Almparkplatz in derselben Breite der bestehenden Asphaltierung (ca. 3,5 m) asphaltiert werden. Die schriftlichen Zustimmungen sämtlicher Grundeigentümer wurden eingeholt und liegen vor. Zur Angebotsabgabe wurden drei Firmen geladen, wovon nur zwei abgegeben haben.

Rieder Asphalt GmbH	€ 29.848,20 brutto, abzgl. 3 % Skonto und
Fröschl AG & Co KG	€ 30.490,22 brutto, abzgl. 3 % Skonto

GR Romed Giner informiert, dass es um eine einfachere Befahrung geht. GR Karin Sommeregger erkundigt sich, ob es eine Zustimmung der Bringungsgenossenschaft Thaurer Almweg gibt. GR Romed Giner erwidert, dass alle Grundeigentümer zugestimmt haben, obwohl der Ausschuss dagegen war. GR DI (FH) Christoph Niederhauser fragt nach, ob die gesamten Kosten von der Gemeinde getragen werden. Bürgermeister Christoph Walser bejaht dies und wird beim Land Tirol um Förderung ansuchen. Abschließend berichtet Bürgermeister Christoph Walser von den Verhandlungen mit der Bringungsgenossenschaft Thaurer Almweg betreffend der Umsetzung des Tiroler Mountainbike-Konzeptes. Es müssen noch wenige Details geklärt werden, aber er steht der Umsetzung des Konzeptes positiv gegenüber. Bezüglich der Auftragsvergabe für die Asphaltierung erkundigt sich GR DI Dominik Ebner, wie die bisherigen Erfahrungen mit den Billigstbietern sind. Bauamtsleiter Josef Gostner kann darüber nur positives berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 3)

Der Obmann des Ausschusses für Infrastruktur und Gemeindeimmobilien, GR Klaus Nagl, trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

a)

Im Zuge der jährlichen Begehungen mit der Tiroler Landesstelle für Brandverhütung wurde in der Volksschule festgestellt, dass brandschutztechnische Mängel vorliegen, deren Sanierung nicht mehr aufschiebbar sind. Die Maßnahmen umfassen den Tausch der bestehenden Türen zum Stiegenhaus durch Brandschutztüren, Ausstattung des Treppenhauses im Altbestand durch eine Rauch- und Wärmeabzugsanlage, Erweiterung der Brandmeldeanlage, Anpassen der Fluchtwegsbeleuchtungen sowie brandschutztechnische Adaptierungen der Lüftung und des Heizraumes. Die dazu eingeholten Angebote belaufen sich auf ca. € 83.500,00 netto.

GR Klaus Nagl merkt an, dass sich bei laufender guter Instandhaltung die Kosten nicht senken lassen, jedoch die Instandhaltungsarbeiten etwas aufteilen ließen und somit nicht so hohe Kosten auf einmal anfallen. Bürgermeister Christoph Walser informiert, dass dies budgetiert wurde, gibt aber GR Klaus Nagl recht. GR DI Dominik Ebner erkundigt sich, warum nicht mehrere Angebote, z.B. der Tischlerarbeiten, eingeholt wurden, zumal 90 % der anfallenden Arbeiten ein Tischler verrichten muss. GR Klaus Nagl erwidert, dass nach dem heutigen Beschluss noch weitere Angebote eingeholt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

b)

Zur Verbesserung der Druckverhältnisse des Trinkwassersystems im nördlichen Bereich des Siedlungsgebietes sowie zur möglichen Erschließung neuer Siedlungsgebiete nördlich des bestehenden Baulandbereiches und zur Verbesserung des Bevorratungsvolumens im Hinblick auf den Klimawandel, soll im Bereich des Schlosshofes ein Hochbehälter ähnlich jenem im „Moos“ errichtet werden. Eine Pumpleitung bringt das Trinkwasser vom Stollenbehälter zum neuen Hochbehälter, von wo aus in das neue System (dritte Druckzone) verteilt wird. Die Kosten des Projektes belaufen sich auf geschätzte € 1,500.000,00 netto. Die Kosten für die Ausarbeitung des wasser-, natur- und forstschutzrechtlichen Projektes durch das Ingenieurbüro Eberl belaufen sich auf ca. € 30.000,00 netto. Um die entsprechenden Förderungen wird angesucht.

Bürgermeister Christoph Walser erklärt, dass die zwei bestehenden Druckbehälter am Stollen und in der Moosgasse das ganze Dorf mit Wasser versorgen. Teilweise bestehen in der Langgasse und in der Stollenstraße Druckprobleme, sodass langfristig durch die Errichtung eines zusätzlichen Hochbehälters eine dritte Druckzone und somit eine bessere Wasserversorgung gewährleistet ist. Da das Problem schon seit längerem besteht und das Planungsbüro DI Eberl bereits vor Jahren einen Plan für einen neuen Hochbehälter entworfen hat, sollte dies nun erneut angegangen werden. Der Plan sollte nicht nur einen geeigneten Platz für den Hochbehälter beinhalten, sondern auch eine detaillierte Begründung, weshalb ein solcher notwendig ist. Dann würde der Gemeinderat die Umsetzung entscheiden. GR DI Dominik Ebner bringt folgenden Zusatzantrag ein:

Antrag auf Abänderung des Tagesordnungspunktes 3 b) der Gemeinderatssitzung vom 01.07.2020 auf folgenden Wortlaut:

Zur Verbesserung der Druckverhältnisse des Trinkwassersystems im nördlichen Bereich des Siedlungsgebietes sowie zur möglichen Erschließung neuer Siedlungsgebiete nördlich des

bestehenden Baulandbereiches und zur Verbesserung des Bevorratungsvolumens im Hinblick auf den Klimawandel, soll im Bereich des Schlosshofes ein Hochbehälter ähnlich jenem im „Moos“ errichtet werden. Eine Pumpleitung bringt das Trinkwasser vom Stollenbehälter zum neuen Hochbehälter, von wo aus das Trinkwasser in das neue System (Dritte Druckzone) verteilt wird. Die Kosten für die Ausarbeitung des wasser-, natur- und forstschutzrechtlichen Projektes soll durch das Ingenieurbüro Eberl zu einem Preis von ca. € 30.000,00 netto erfolgen. Um die entsprechenden Förderungen wird angesucht. Der Gemeinderat möge der Planung des Hochbehälters die Zustimmung erteilen.

GR Karin Sommeregger versteht nicht, warum der Antrag nicht bereits vor der Gemeinderatssitzung in dieser Art formuliert wurde. GR Prof. Mag. Josef Bertsch merkt an, dass dies im Ausschuss eingehend diskutiert gehört hätte. Ihm erschließt sich die Sinnhaftigkeit des Standortes am Schlosshof nicht. Hier muss seiner Meinung nach das Planungsbüro DI Eberl sehr gut argumentieren. GR Prof. Mag. Josef Bertsch sieht einen gewissen Zusammenhang mit dem vorher ausgiebig diskutierten Tagesordnungspunkt 2b). Hier widerspricht Bürgermeister Christoph Walser, denn ein erster Entwurf für einen dritten Hochbehälter und dessen Standort wurde bereits im Jahr 2016 ausgearbeitet. Eine Verbauung der nördlichen Langgasse war damals nicht in Planung. GR Johann Graßmair sieht ebenso wie GR Prof. Mag. Josef Bertsch einen gewissen Zusammenhang mit der Verbauung der nördlichen Langgasse. Er merkt an, dass der Antrag keinen Standort beinhalten solle. Der Meinung ist auch GR Barbara Thien-Mattulat. Bürgermeister Christoph Walser stimmt der Abänderung zu, merkt jedoch an, dass das Planungsbüro ohnedies freie Hand bei der Planung hätte.

Abstimmungsergebnis Zusatzantrag: 12 Zustimmungen
3 Stimmenthaltungen: GR Prof. Mag Josef Bertsch
(Die Grünen Thaur), GR Karin Sommeregger (SPÖ),
Ing. Mag. Johannes Giner (BIT)

zu 4)

Der Obmann des Ausschusses für Sport, Kultur, Soziales, Gesundheit und Umweltangelegenheiten, Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank, trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

Die Richtlinien für die Förderung von Energiesparmaßnahmen der Gemeinde sollen betreffend dem Einbau von Wärmepumpen erweitert werden. Das Land Tirol fördert ab 1.7.2020 aufgrund der Sanierungsoffensive neu – Klimapaket – diese Maßnahmen. Mit einer effizienten Wärmepumpe kann die kostenlose Energie aus Erdreich, Wasser und Luft sehr günstig genutzt werden.

§ 2 Abs. 5

Wärmepumpe als Ganzheizung

§ 5 Abs. 5

Wärmepumpe (Wärmequelle aus Erdreich, Grundwasser oder Luft)

Gefördert werden ausschließlich Ganzheizungssysteme und keine Zusatzheizungen. Die Förderung gilt für die Sanierung (Austausch eines bestehenden Heizsystems) als auch für Neubauten und beträgt 10 % der Anschaffungskosten, jedoch max. € 1.200,00.

§ 6 Abs. 1 und 3

Hinzufügen der „Wärmepumpe“

GR Johann Grassmair wünscht sich eine Stelle, an der sämtliche Förderungen gebündelt werden. GR Prof. Mag. Josef Bertsch hat sich bei der Energie Tirol erkundigt. Für ihn war das Ansuchen um eine Förderung klar verständlich und nicht kompliziert.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

zu 5)

Am 22.06.2020 fand die Kassaprüfung durch den Überprüfungsausschuss statt. Der Obmann des Überprüfungsausschusses GR Prof. Mag. Josef Bertsch trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

Der Ausschuss überprüfte die Belege seit der letzten Ausschusssitzung und wünscht Auskunft über folgende Rechnungen:

Die Ausschussmitglieder hinterfragen eine Großbestellung bei der Firma Carl Walde KG für das „Alte Gericht“. Hier wurde die Bestellung aufgeteilt auf das „Alte Gericht“, Volksschule, Kindergarten, Kinderkrippe und Jugendtreff.

Für das Pumpwerk Sigweinweg möchte der Ausschuss in einem Vertrag bzw. einer Vereinbarung bezüglich der Kostenaufteilung Einsicht nehmen. Der Vertrag wurde mittlerweile vorgelegt.

Die Kosten der Zapfwelle für den Rasenmäher am Sportplatz schienen dem Ausschuss mit € 600,00 zu hoch, da handelsübliche Zapfwellen zwischen € 150,00 bis € 250,00 kosten. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass für die Marke John Deere keine handelsübliche Zapfwelle verwendet werden kann, sondern nur ein Originalersatzteil.

Der Ausschuss erkundigt sich, weshalb die Inbetriebnahme der Bewässerungsanlage am Sportplatz durch eine Firma erfolgte. Dies war lediglich bei der Erstinbetriebnahme der Fall, in Zukunft wird die Anlage von den Gemeindebediensteten in Betrieb genommen.

Abschließend stellt sich die Frage, ob die Lieferung des Spielsandes nicht von der Firma Thanner in Thaur bzw. einer umliegenden Firma erfolgen kann. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, dass die Firma Thanner keinen Spielsand führe.

Im Anschluss daran erörtert der Obmann Budgetüberschreitungen um mehr als € 10.000,00.

Bei der Instandhaltung der Straßenbeleuchtung wurde das Budget um € 11.420,58 überschritten. Bei dieser Rechnung war noch eine Zahlungsleistung vom Jahr 2019 enthalten.

Bei dem Punkt Haus- und Büroinventar liegt eine Überschreitung von € 11.960,28 vor. Hier liegt die Begründung darin, dass Bänke und Stühle als GWG's gebucht wurden, veranschlagt wurde dies jedoch auf ein anderes Haushaltskonto.

Eine neuerliche Überschreitung bei der Instandhaltung der Straßenbeleuchtung in Höhe von € 17.207,18 wurde begründet durch diverser Reparaturarbeiten.

Auf dem Konto Gebrauchsgüter, Wasserzähler bemerkt man eine Überschreitung von € 20.658,44. Hier wurden mehr Wasserzähler ausgetauscht bzw. angekauft.

Die Überschreitung auf dem Konto Instandhaltung Schmutzwasserkanal um € 24.876,34 ist auf die Kanalisierung bei der Familie Sperner zurückzuführen.

Auf dem Konto Betriebsbeiträge an Gemeinden fiel eine Überschreitung um € 27.149,10 auf. Die Begründung liegt im Bescheid der Gemeinde Absam. Für das Jahr 2019 haben sich die Ausgaben im Vergleich zum Jahr 2018 um rund € 40.000,00 erhöht, folglich hat sich der Betriebsbeitrag für 2019 erhöht.

GR Prof. Mag. Josef Bertsch trägt noch folgende Anliegen vor:

Der Ausschuss wünscht sich eine kurze Erläuterung zum IKB Contractingvertrag bezüglich der beinhalteten Leistungen. Zudem soll eine Kostenaufstellung vorgelegt werden. Amtsleiter Wolfgang Winkler wird dies mit Bauamtsleiter Josef Gostner bearbeiten.

Weiters möchte der Ausschuss eine Auflistung der bisherigen Kosten des Projektes Thaur One. Hier kann Amtsleiter Wolfgang Winkler Auskunft geben, dass sich die Gesamtkosten auf € 53.590,00 belaufen. Diese Information ergeht schriftlich an die Mitglieder des Gemeinderates. Ebenso verhält es sich bei dem Eislaufplatz. Hier belaufen sich die Kosten der Saison 2019/20 auf € 34.000,00. Der Gemeinderat wird schriftlich darüber informiert.

Bei der von der Gemeinde verpachteten landwirtschaftlichen Flächen wünscht sich der Ausschuss eine aktuelle Aufstellung. Dies wird im Gemeindevorstand bearbeitet werden.

Es wird angeregt, dass man sich bezüglich des Mittagessens für die Volksschule, Kinderkrippe, den Kindergarten und für Essen auf Räder Alternativangebote zum derzeitigen Anbieter einholen sollte. Hier informiert Amtsleiter Wolfgang Winkler, dass bereits Angebote eingeholt wurden, das Altersheim Hall wäre etwas billiger. Für Essen auf Räder gibt es noch weitere Möglichkeiten, welche noch eingehend geprüft werden.

Abschließend regt der Ausschuss an, bei Projekten wie z.B. bei der Kanalumlegung Sperner, für eine ausführliche Fotodokumentation zu sorgen, um späteren Unklarheiten vorzubeugen.

Der Bericht über das Ergebnis der Kassaprüfung durch den örtlichen Überprüfungsausschuss vom 22.06.2020 wird zur Kenntnis genommen.

zu 6)

Bürgermeister Christoph Walser geht seiner Verpflichtung nach und berichtet über den aktuellen Stand des laufenden Kontokorrentkredites. Dieser beläuft sich auf € 299.999,99. Auf dem Girokonto der Raiffeisenbank befinden sich aktuell € 205.090,25 und auf dem Girokonto der Tiroler Sparkasse € 49.508,67. Offene fällige Forderungen belaufen sich auf € 200.176,49 und jene, die noch nicht fällig sind € 10.995,36. Fördermittel aufgrund des Gemeinde-Finanzpaketes (Covid 19) belaufen sich auf € 154.362,00. Bürgermeister Christoph Walser gibt einen kurzen Vergleich der Kommunalsteuern vom Jahr 2020 und 2019 im April und Mai, sowie die Ertragsanteile 2020 und 2019 im Mai und Juni:

Kommunalsteuer	April	Mai		
2020	€ 117.383,85	€ 167.719,79		
2019	€ 130.592,61	€ 178.835,90		
Ertragsanteile	Mai	KQ	Juni	KQ
2020	€ 204.567,78	31,42	€ 140.653,98	21,6
2019	€ 236.739,90	36,96	€ 213.668,24	33,36

Wenn man die Zahlen miteinander vergleicht, ist deutlich sichtbar, welche Auswirkungen Covid 19 auch auf die Gemeindegebahrung hat. Insgesamt ist Bürgermeister Christoph Walser positiv gestimmt und sieht die finanzielle Situation in der Gemeinde als nicht schlecht.

Weiters informiert er über den aktuellen Stand bezüglich der Busverbindung mit Rum. In einem Gespräch mit der Gemeinde Rum wäre man sich mit einer Linienführung mit 3 Bussen einig. Bezüglich einer Förderung (50 %) soll noch ein Gespräch mit Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe erfolgen. Ein Termin hierfür wurde bereits vereinbart.

Aufgrund von Anfragen von Gemeinderäten berichtet Bürgermeister Christoph Walser, dass die Ein- und Ausfahrt ins und vom Gemüseland rechtens sei.

zu 8)

GR Romed Giner möchte gerne ein Ansuchen des Bienenzuchtvereins Hall und Umgebung einbringen und behandeln.

Der Bienenzuchtzweigverein Hall und Umgebung besteht aus NebenerwerbsimkerInnen aus Hall und den Umlandgemeinden, welche auch im Ortsgebiet Thaur die Bestäubung von Kultur- und Wildpflanzen sicherstellen. Bekanntlich haben Imkereien mit zunehmend schwierigen Problemen zu kämpfen. Deshalb wird wie bereits im Vorjahr um eine finanzielle Unterstützung angesucht. GR Romed Giner spricht sich für eine Subvention in Höhe von € 200,00 aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

GR Karin Sommeregger erkundigt sich über den Stand bezüglich des betreuten Wohnens. Sie erinnert an die langen Lieferzeiten der Küchen. Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Martin Plank informiert, dass entsprechende Angebote bei Tischlern und auch Möbelhäuser eingeholt werden. Die Kosten der Einbauküchen übernimmt die Gemeinde. GR Prof. Mag. Josef Bertsch sieht eine gewisse Dringlichkeit bei der Vergabe der Mietwohnungen.

GR Johann Graßmair merkt an, dass beim Kreisverkehr Dörferstraße/Lorettoweg gefährliche Situationen entstehen, indem immer wieder Fahrzeuge von Osten kommend in hohem Tempo in den Kreisverkehr einfahren und oftmals die mittige befahrbare Verkehrsinsel zum gerade aus durchfahren nützen. Bürgermeister Christoph Walser wird sich die Sachlage anschauen. GR Karin Sommeregger merkt an, dass die Verkehrstafel Vorrang geben vom Essacherweg kommend an der Kreuzung Dr. Ambros-Giner-Weg nicht sichtbar ist. Amtsleiter Wolfgang Winkler wird dies den Gemeindearbeitern weiter geben.

GR DI Dominik Ebner erkundigt sich, ob wie in der letzten Gemeinderatssitzung angekündigt, nun ein Mietnachlass beim Romediwirt/Besucherzentrum seitens des Eigentümers Herrn Mag. Christoph Liphart, gewährt wurde. Ein Treffen mit Mag. Liphart ist noch ausständig, wurde aber bereits vereinbart. Zudem merkt GR DI Dominik Ebner an, dass im letzten Protokoll der Gemeinderatssitzung bei Punkt 8) Beschlussfassung Rechnungsabschluss der Gemeinde Thaur die Wortmeldungen der einzelnen Gemeinderäte fehlten. Bürgermeister Christoph Walser versichert, dass in Zukunft auf eine detaillierte Protokollierung geachtet wird. GR Barbara Thien-Mattulat erkundigt sich über die letzte Planungsverbandssitzung. Bürgermeister Christoph Walser informiert, dass hauptsächlich die Verkehrssituation zwischen Hall und Mils Gegenstand dieser Sitzung war.

Erledigung (nicht öffentlicher Teil):

Bürgermeister Christoph Walser trägt diesen Tagesordnungspunkt vor.

zu 7)

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

Der Bürgermeister:

Der Bürgermeister-Stellvertreter:

Ein weiteres Gemeinderatsmitglied:

Der Schriftführer:

